

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugspreis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Postgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

Druck und Verlag Fr. Rühl
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 157
Postfach Nr. 5796
Schiedsamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
In Namen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 133.

(Erstes Blatt)

Herford, Mittwoch, den 9. Juni 1920

38. Jahrgang.

Das Reichskabinett zurückgetreten.

Wb. Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinett hat sich heute mittags um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiter zu führen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, daß eine möglichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses erfolge und die Einberufung des Reichstages möglichst bald stattfinden möge.

Sozialer Ausgleich, die Aufgabe der Lokalpresse.

Vom Mittelländischen Zeitungsdienst wird uns geschrieben:

Mehr denn je ist unsere Zeit eine Zeit des Klassenkampfes und der sozialen Gegensätze. Die Arbeiterklasse, die Kapital und Großindustrie! Das sind die beiden Gruppen, die in den Spalten der Tagespresse, dem Hauptfeld des Wirtschaftskampfes, immer und immer wieder hervortreten. Und daraus ergibt sich eine hohe Aufgabe für jede Zeitung, die eine ausgesprochene Lokalzeitung sein will. Gewiß, eine gutgeleitete Lokalzeitung wird einer gewissen parteipolitischen Tendenz nicht entbehren können, das ist aber in einer Lokalzeitung möglich: sie kann es nicht nur, nein, sie muß es. Sie muß in vielen Sachen von dem Standpunkte ausgehen, daß das Wirtschaftsleben einer Stadt, einer Kommune, immerhin ein geschlossenes Ding für sich ist, das sich in ihren Spalten wieder spiegeln soll mit all seinem Für und Wider, mit allen Zweigen und Verzweigungen, wie sie eng ineinandergreifen müssen, auf daß das dabei herauskomme, was der Zweck der ganzen Sache ist, ein blühendes Gemeinwesen.

Gewiß, ein Gemeinwesen, wie z. B. Herford, ist auch ein Rad in der großen Wirtschaftsmaschine, ist aber in erster Linie ein selbständiges Ganzes, in mancher Hinsicht unabhängig vom großen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Die beiden Hauptträger seines Wirtschaftslebens sind Arbeiterklasse und kaufmännischer und gewerblicher Mittelstand. Und da ist der Mittelstand wieder der gegebene Faktor des Ausgleichs. Er ist die äußerste Front im Wirtschaftskampfe, er ist — wie schon sein Name sagt — der Stand, der in der Mitte steht und er kann — streng sachlich betrachtet — auch die goldene Mittelstraße bilden, auf der der reizende Strom des Wirtschaftslebens verläuft und zur Insel des Wohlstandes und der Zufriedenheit führt, zum blühenden Gemeinwesen. Es ist offensichtlich, daß der Mittelstand — wir möchten ihn nicht Bürgerium nennen, denn auch die Arbeiterklasse ist Bürgerium — keine Veranlassung hat, zum Großkapital zu neigen. Es schwingen im Gegenteil zwischen ihm und der Arbeiterklasse verwandte Seiten, die geeignet sind, in eine harmonische Melodie auszuklingen, wenn Arbeiterklasse und Mittelstand sich wirtschaftlich und — was wir noch höher stellen möchten — menschlich näherkommen. Und hier muß die Arbeit der Lokalpresse einsetzen. Es genügt nicht, daß Handel und Gewerbe im Anzeigenteil der Zeitung ihre Erzeugnisse anbieten. Dies allein könnte im Gegenteil gerade in der heutigen Zeit der ungeheuren Preissteigerung ein schiefes Bild ergeben, aus dem innerhalb des Gemeinwesens wieder Gegensätze zwischen Arbeiterklasse (als kaufendem Publikum) und Mittelstand entstehen könnten. Die Lokalzeitung muß auch in ihren redaktionellen Spalten dem Gemeinwesen ein Bild geben von all den nachteiligen Schwingungen des Marktes, unter denen kaufmännischer und gewerblicher Mittelstand im gleichen Maße leiden wie die Arbeiterklasse. Neben dem Artikel, der die Not des Arbeiters dem Mittelständler vermittelt, muß der Artikel stehen, der auch dem Arbeiter sagt, daß auch Kaufmann und Handwerker in einem Wirtschaftskampfe ohnegleichen stehen. Gemeinsame Not und Bedrängnis sind nicht zum ersten Male das Mittel gewesen, um Gegensätze zu überbrücken. Wenn der Arbeiter heute durch seine Zeitung ehrlich und wahrheitsgemäß erfährt, warum die Erzeugnisse von Handel und Gewerbe so teuer sind, warum Kaufmann und Handwerker ihre Waren beim besten Willen nicht billiger abgeben können (wir haben natürlich den ehrlichen Kaufmann und Handwerker, nicht den Schieber und Wucherer im Auge), dann wird er sich vernunftgemäß sagen, daß nicht der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand sein Feind ist, sondern daß der Mittelstand unter demselben Joche leidet wie

Das Neueste vom Tage.

Das vorläufige amtliche Ergebnis.

Wb. Berlin, 8. Juni. Nach den bis heute nacht vorliegenden vorläufigen amtlichen Berichten über die Reichstagswahlen ergibt sich einschließlich der Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten, sowie aus der Berechnung der Reststimmen aus den Wahlkreisverbänden und auf die Reichswahlvorschläge folgendes Bild des neuen Reichstages: Gewählt sind demnach 470 Abgeordnete. Davon haben erhalten die Soz. Partei 110 (davon 7 aus der Reichswahlliste), die Unabhängigen 80 (8), die Kommunisten 2 (1), die Demokraten 45 (8), das Zentrum 67 (6), die Deutsche Volkspartei 61 (6), die Deutschnationalen Volkspartei 65 (9) Stimmen, darunter 2 Thüring. Bauernbund, 1 heffischer Bauernbund und 1 württembergische Bürgerpartei. Ferner entfallen auf die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiter Demokraten 1, auf die Welfen 5, auf die bayerische Volkspartei 12, auf den Bauernbund 4 und auf den württembergischen, Bauern- und Weinbauernbauernbund 3 Abgeordnete.

Die neugewählte sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß treten am Sonntag vormittag 10 Uhr im Sitzungssaal des Parteivorstandes zu gemeinsamen Besprechungen zusammen.

Die Abstimmung in Westpreußen dürfte mit der von Ostpreußen zusammenfallen.

Der französische Ministerpräsident bestätigte „Echo de Paris“, daß die Konferenz in Spa erst Anfang Juli stattfinden dürfte.

Der Vorsitzende der Friedensdelegation hat dem Obersten Rat eine Denkschrift zugestellt, worin auf Grund des Friedensvertrages von Deutschland die Zahlung einer Entschädigungssumme von 422 587 526 Pfund für Portugal verlangt wird.

Aus „Daily Chronicle“ werden die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Belgien und Italien an einer Brüsseler Besprechung teilnehmen, welche der Konferenz von Spa vorausgehen wird.

Nach einer Meldung der „Telegraphen-Union“ beschloß die internationale Wirtschaftskommission unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters, Deutschland nicht nur von der gegenwärtigen, sondern auch von den ferneren Tagungen der Kommission auszuschließen.

Die Arbeiterklasse in den Bezirken Karlsbad, Elbogen, Franzensbad, Reichenau und Gratz ist wegen Hungertodes in den Generalkreis getreten.

Am 4. Juli wird in London eine zionistische Welt-Konferenz stattfinden, die sich mit der Frage der Kolonisation Palästinas und deren Finanzierung befassen wird.

Der Aufruf zu einem allgemeinen 24stündigen Proteststreik gegen den auf revolutionäre Umtriebe bezüglichen Gekentwurf, der gestern in der zweiten Kammer eingebracht wurde, ist in den großen holländischen Städten nur teilweise befolgt worden.

Die Bevölkerung der Alandsinseln will auf keinen Fall auf die Wiedervereinigung mit Schweden verzichten und verlangt sofortige Volksabstimmung. Zwei Führer der Bewegung wurden verhaftet und wegen Hochverrats an Finnland angeklagt.

Vor dem Schwurgericht in Gent werden am 5. Juli 35 Professoren der ehemaligen flämischen Hochschule in Gent abgeurteilt.

er selbst unter den Folgen der Weltumwälzung, der Staats- und Wirtschaftskatastrophe, die uns der verlorene Weltkrieg gebracht hat. Dann werden auch in der Stadtverwaltung die Vertreter der beiden Stände wieder enger zusammenrücken und zusammen ersprießlich weiterbauen auf den Grundlagen gemeinsamen Verständens, die durch die Arbeit der Lokalpresse begründet sind. Dann werden schließlich

auch in der Parteipolitik die Räder wieder besser ineinandergreifen, dann werden Arbeiterklasse und Mittelstand wirklich und wertgerecht zum geschlossenen Bürgerium, wie es sein soll, wie es alle Phasen des Wirtschaftskampfes und des langsamen Wiederaufbaues in gemeinsamem Interesse verfolgt und fördert. Dann dürfte es auch in den schlimmsten Stappen des Staats- und Weltgeschehens innerhalb eines solchen Gemeinwesens nicht zu Erscheinungen kommen, wie sie die letzte Sturmzeit leider so oft hervorgebracht hat. Einigkeit im Gemeinwesen, Einigkeit, ob Arbeiter, ob Mittelständler, ob Christ oder Jude, ob Protestant oder Katholik, das wird die Frucht sein aus der Saat, die die Lokalpresse gestreut. Und dann werden aus der Aufgabe des sozialen Ausgleichs der Lokalpresse weitere, menschlich noch schönere Aufgaben erwachsen. Dann wird die Lokalzeitung wiederum ein Spiegel sein für das Inneandergreifen aller Räder und Rädchen im Gemeinwesen, ein Spiegel alles Schönen und Guten, von dem einst der deutsche Dichter gesungen:

„Tausend fleißige Hände regen,
helfen sich in munt'rem Bund,
und in freudigem Bewegen
werden alle Kräfte kund.
Meister regt sich und Gefelle
in der Freiheit heil'gem Schutze,
jeder freut sich seiner Stelle,
bietet dem Verächter Trutz.“

Man nennt die Presse von jeher die siebente Großmacht. Und so gewiß auch die Lokalzeitung ein Stück dieser Großmacht, denn gerade sie kann und muß der Springborn sein, aus dem sich der Strahl der Gefundung über das Gemeinwesen ergießt, der Strahl, der die Fähigkeiten des einzelnen weckt und fördert, der Strahl, der auch, der läuternd das Unkraut fortweht, das da wuchern will in Form sozialer Gegensätze innerhalb der Gemeinde. Wenn die Lokalpresse diese ihre Aufgabe erfüllt, dann ist sie wahrhaft eine Großmacht, mag auch ihr äußeres Gewand schlicht und grau und bescheiden sein, denn dann faßt sie Wurzeln zum kräftigen Gedeihen im Vertrauen ihrer Leser.

Abgeordnete, die Abgeordnete bleiben.

Von den 423 Mitgliedern der Nationalversammlung treten 42, ohne neu gewählt worden zu sein, vorläufig als Mitglieder auch in den neuen Reichstag ein. Das sind die Abgeordneten der drei Wahlkreise Ostpreußen, Ostpreußen und Schleswig-Holstein, in denen am Sonntag nicht gewählt worden ist, sondern die Reichstagswahlen erst später stattfinden werden, sowie von den bisherigen Abgeordneten Westpreußens zwei — ein Demokrat und ein Sozialdemokrat. Diese 42 Mitglieder der Nationalversammlung, die ohne Neuwahl vorläufig auch dem Reichstag angehören werden, verteilen sich auf die Parteien wie folgt:

Deutschnational	4
Deutsche Volkspartei	2
Zentrum	9
Deutsch-Christliche Partei	8
Sozialdemokraten	18
Schl.-Holst. Bauern- und Landarb.-Dem.	1

Dem Reichstag gehören hiernach weiter an die acht demokratischen Mitglieder der Nationalversammlung: Bartisch, Brönnner, Siehr, Weinhausen, Pohlmann, Blund, Baum, Waldstein, sowie die Vertreter der schleswig-holsteinischen Bauern-Demokratie. D. P. K.

Unabhängige gegen Kommunisten.

Am Wahltag schrieb die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, den Kommunisten in einem Ueberblick über die Parteien während der Wahl ins Stammbuch:

„Eine traurige Rolle spielten die Kommunisten. Sie vermieden es, sich auf eigene Füße zu stellen. Nur in seltenen Fällen beriefen sie eigene Versammlungen ein. Sie zogen es vor, ihre Redner in unsere (unabhängigen) Versammlungen zu senden und dort nach dem Berliner Rezept bestimmte Personen unserer Partei mit niedrigsten Worten persönlich anzureden. Diese niedrige Kampfesart fand aber den entschiedenen Widerstand der Arbeiter. Nur wenige ihrer Redner waren sachlich und begnügten sich, ihre Idee wirken zu lassen. Taten sie das ehrlich, so kamen sie sehr in Verlegenheit, wenn sie einen wesentlichen Unterschied von den Zielen unserer Partei herausarbeiten sollten. Ihre Politik ist mehr Gefühlspolitik, und ihre Redner wußten oft selbst nicht, was sie den Arbeitern von sich selbst sagen sollten.“ D. P. K.

Wahlergebnis und neue Koalition.

L.L. Berlin, 8. Juni. Je mehr das Wahlergebnis sich klärt, desto größer erscheinen die Schwierigkeiten für die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit, und die führenden Berliner Parteiblätter lassen durchaus nicht die Notwendigkeit erkennen, der namentlich aus politischen Gründen notwendigen ungesäumten Schaffung einer regierungsfähigen Mehrheit das Wort zu reden und dazu die opferbereite Mitarbeit ihrer Parteien in Aussicht zu stellen. Die Unabhängigen lehnen die vom „Vorwärts“ erwartete Übernahme eines Teiles der Verantwortung entschieden ab. So schreibt die „Freiheit“: Die deutschen bestehenden Klassen haben am 6. Juni ein Bekenntnis abgelegt, das ihrer wirklichen Gesinnung weitaus mehr entspricht als das Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung. Sie haben gewählt, und nun mögen sie die Verantwortung tragen. Sie mögen den Versuch machen und zeigen, wie sie jene herrlichen Zeiten herbeiführen wollen, die sie bei den Wahlen in Aussicht gestellt haben. Der „Vorwärts“ kann sich nicht damit einverstanden erklären, der „Partei der Kapitalisten und Monarchisten“ den Rücken herzuhalten, damit sie zur Macht emporsteigen können. So wie bisher gehe es auf keinen Fall weiter, daß die Sozialdemokratie die notwendige grobe Arbeit für Sozialismus und Arbeiterbewegung leiste und dafür die Prügel einstecke, die ihr von einer sehr ungnädigen „Gnädigen“ verabreicht werden. Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht, daß die Deutsche Demokratische Partei nicht im mindesten den Wunsch haben kann, an irgend einer Regierung teilzunehmen, in der sie als Besieger angesehen werden würde und sogar mit Persönlichkeiten zusammenarbeiten müßte, die sich durch eine unanständige und unehrliche Bekämpfung der Demokratie in die Höhe gerungen haben. — Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Würde die Sozialdemokratie aus dem vernichtenden Mißerfolg ihrer bisherigen Politik die rechte Lehre ziehen, dann läge die Aussicht vor, eine Regierung des Wiederaufbaues auf breiter Grundlage zu bilden. Ueber diese Möglichkeit näher zu sprechen, ist der Augenblick noch nicht gekommen. Was die Deutschnationalen anbelangt, so dürfte nach wie vor für sie die doppelte Parole gegeben sein: Sie wünschen eine Partei der positiven Arbeit zu sein, aber für sie gilt zugleich das Wort: Wir laufen niemand nach.

Gestern Abend haben Besprechungen führender Persönlichkeiten der Deutsch- und Sozialdemokratischen Partei über die Frage einer Regierungsneubildung und über die etwaige Beteiligung der Demokraten an einer solchen stattgefunden. Hierbei herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Verbindung mit den Arbeitermassen keinesfalls aufgehoben werden dürfe. Wie weiter mitgeteilt wird, ist die Sozialdemokratie anscheinend nicht bereit, mit der Deutschen Volkspartei eine Koalition einzugehen.

dd. Dresden, 9. Juni. (Eig. Draht.) Die Demokratische Fraktion der sächsischen Regierung ist laut Vol.-Anz. in Besprechungen eingetreten, welche Stellung sie zum Ausfall der Reichstagswahlen einzunehmen hat. Es ist anzunehmen, daß sie aus der Regierung austreten wird.

dd. Berlin, 9. Juni. (Eig. Draht.) Dem Vol.-Anz. zufolge dürfte die Deutschnationalen Volkspartei bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch Mehrheitssozialisten teilnehmen. Voraussetzung dazu ist, daß die Deutschnationalen Volkspartei nicht gezwungen ist, von ihren Hauptgrundsätzen abzugehen.

Enteinstimmen zum Wahlausgang.

L.L. London, 8. Juni. Die „Daily News“ schreiben: Wenn das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen den vorläufigen Eindruck vom Zusammenbruch der Mittelparteien bestätigen sollte, dürfte die nächste Zukunft Deutschlands sich dunkler denn je gestalten. Die kommenden Zeiten fordern gebieterisch ein größeres staatsmännisches Genie, als irgend eine Partei augenblicklich in ihren Reihen aufzuweisen hat. Aber selbst ein solches Genie würde dem Volke verhältnismäßig geringen Nutzen bringen, wenn die Politik der Alliierten die gleiche Blicke wie seit 18 Monaten, nämlich auf den Verfall Deutschlands hinarbeitend.

Weitere Wahlkreisergebnisse.

Wahlkreis 9 (Siegfried) (endg.): D. R. 1 (1), D. V. 1 (0), D. D. 1 (0), S. D. 2 (4).

Wahlkreis 17 (Hannover) (vorl.): D. V. 1, Welf. 1, S. D. 2, U. S. 1. Ein Vergleich mit dem Ergebnis des Vorjahres ist hier wegen der Neueinteilung nicht möglich.

Wahlkreis 18. Endg.: S. D. 4, Dsch. Hann. 2, D. V. 3, U. S. 3, D. R. 1. Es ist sicher, daß das Zentrum und die Demokraten durch Verbindungen mit dem 16. und 17. Wahlkreis 1 Sitz und ferner höchstwahrscheinlich die Deutschnationalen durch Verbindungen mit dem 16. Wahlkreis noch einen Sitz erlangen werden.

Wahlkreis 24 (Koblenz-Trier): D. V. 1 (0), 3, 4 (8), S. D. 1 (2).

Wahlkreis 27 (Oberbayern-Schwaben): D. R. 1 (0), D. D. 1 (0), S. D. 2 (6), U. S. 2 (0), Bayer. V. 8 (6), Bayer. Bauernbund 2 (2).

Wahlkreis 29 (Franken) (endg.): 3, 5 (5), D. D. 2 (5), S. D. 3 (1), U. S. 2 (0), Bayer. Mittelpartei 3 (1).

Wahlkreis 31 (Dresden-Vogau) (endg.): D. R. 6 (1), D. V. 7 (0), D. D. 3 (2), S. D. 9 (7), U. S. 9 (0), R. P. 1 (0). Die Ergebnisse der übrigen Wahlkreise haben wir bereits gestern veröffentlicht.

Deutsches Reich.

Wahlige Neuwahlen zur preussischen Landesversammlung.

Berlin, 8. Juni. Wie in Kreisen der preussischen Regierung verlautet, hat die Regierung die Absicht, die Arbeiten der Landesversammlung beschleunigen zu lassen, um auch in Preußen bald Neuwahlen auszusprechen zu können. Es sollen nur noch die wichtigsten Arbeiten (Verfassungsreform, Etat) möglichst bis Ende Juli erledigt werden. Die beiden Oppositionsparteien werden angesichts ihrer letzten Erfolge alle Hebel in Bewegung setzen, um auch in Preußen bald Neuwahlen auszusprechen zu lassen. Kommt es im Reiche zu einer bürgerlichen Regierung, so wird die

preussische Regierung ihre Ämter sofort niederlegen. Die Folge wäre sofortige Vornahme preussischer Neuwahlen.

Wahlmacht nach der Wahl.

Wtb. Berlin, 8. Juni. Die Kreuzzeitung behauptete am 7. Juni, daß der Reichstanzler Müller im Juni 1914 mit dem Abgeordneten Ganse nach Paris ging. Dort erklärte er, die deutsche Sozialdemokratie werde den Krieg nicht zulassen, sondern ihn durch einen Generalstreik verhindern. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Abgeordnete im Juli 1914 überhaupt nicht in Paris war. Der Reichstanzler Müller ließ bei dem Besuche im Juli 1914 in Paris entsprechend der Haltung, die die deutsche Sozialdemokratie stets eingenommen hat, keinen Zweifel, daß im Falle eines Kriegsausbruches für Deutschland ein Generalstreik nicht in Frage käme.

Die Landtagswahlen in Bayern.

Wtb. München, 8. Juni. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Im bayerischen Staatsministerium des Innern lagen folgende vorläufigen Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern vor: Für die Kreise Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben waren gewählt: für die Sozialdemokraten 301 265, Unabhängigen 246 215, Kommunisten 42 161, bayerische Volkspartei 899 962, deutsche demokratische Partei 145 200, bayerische Bauernbund 163 489, Mittelpartei und Deutsche Volkspartei zusammen 207 583. Die bayerische Volkspartei allein zählt bedeutend mehr Stimmen als die drei sozialistischen Parteien zusammen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet?

L.L. Berlin, 8. Juni. Die heutige Kabinettsitzung wird sich auch mit der Aufhebung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet und in der Provinz Sachsen beschäftigen, die bereits gestern in der preussischen Kabinettsitzung unter Einwirkung des Oberpräsidenten Hörsing Gegenstand der Beratung gewesen ist.

Streik des Eisenbahnpersonals in Braunschweig.

Wtb. Braunschweig, 8. Juni. Die Beamten und Arbeiter der Braunschweiger Landesbahn sind heute in den Ausstand getreten. Sie fordern die Reichsbeförderung. Der Zugverkehr ist eingestellt. Es werden nur Mühlzüge gefahren.

Die oberösterreichischen Kohlenlieferungen an Polen.

tn. Kattowitz, 8. Juni. Das polnische Wirtschaftsblatt „Przemysł i Handl.“ veröffentlicht eine Depesche aus Paris, wonach die Kohlenkommission des Obersten Rates die bisherige Zuteilung oberösterreichischer Kohlen an Polen um 150 000 Tonnen monatlich, also auf 400 000 Tonnen erhöht hat. Diese Erhöhung soll insbesondere den Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie dienen.

Die Regierung für Selbsthilfe in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Antwortlich einer kleinen Anfrage über die Oppelner Tumulte bei Beschädigung des Güterverkehrs hat der Minister des Innern mit, daß von staatlichen Maßnahmen Abstand genommen wurde, weil die Arbeiter sich selbst ihr Recht gekämpft habe, was erfolgreicher gewesen sei, als ein Protest der Regierung. Der französische Soldat ist zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, ein Offizier, der einen Arbeiter mit der Beipolizei geschlagen, hat sich entschuldigen müssen. Ueber die von den Arbeitern verlangte Entschädigung von 100 000 Franken in Gold an die Erben des Pfahls schweben Verhandlungen im Schoße des internationalen Ausschusses.

Ein Schiffsabkommen mit Amerika.

tn. Hamburg, 8. Juni. Bei der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie ist, wie die Telegraphen-Union erfährt, aus New York folgendes Telegramm ihres Direktors eingetroffen: Wir haben vorübergehend näherer Einzelheiten mit dem Harriman-Konzern, vertreten durch die Firma A. W. Harriman u. Co., ein Abkommen für 20 Jahre, um unseren Linienverkehr der Vorkriegszeit gemeinschaftlich wieder aufzunehmen. Harriman hat mit Chandler u. Co. in New York die Kontrolle über die America Ship and Commerce Corporation erworben, die alle Linien der Kerr Navigation Company besitzt. Harriman wird diese Gesellschaft ausbauen und ihr Dampfer zur Verfügung stellen, um einen großen Teil unseres früheren Linienverkehrs binnen kurzem wieder aufzunehmen.

Nach 180 000 Kriegsgefangenen in Sibirien.

Wtb. Amsterdam, 7. Juni. Nach einer Londoner Meldung erklärte Hansen einem Mitarbeiter des „Observer“: In Sibirien befinden sich wahrscheinlich noch 160—180 000 Kriegsgefangene. Einige tausend davon seien in Turkestan, deren Heimkehr die größten Schwierigkeiten verursache. Im übrigen verkehrten trotz Mangel an Eisenbahnmateriale regelmäßig Züge mit Kriegsgefangenen zwischen Moskau und Narva. Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Russland lasse nichts zu wünschen übrig.

Die Viehablegerung an Frankreich.

Berlin, 8. Juni. Von dem deutschen Reich an Frankreich abzulieferndes Vieh sind bis zum 1. Juni abgeliefert worden: 42 453 Rinder, 57 473 Schafe, 7875 Ziegen, und 1710 junge Pferde und Zuchtschweine. Da diese Zahlen aus der französischen Presse stammen, bedingen sie eine amtliche deutsche Bestätigung insofern, als die deutsche Regierung veröffentlicht höhere Zahlen.

Berlin, 8. Juni. Gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung der Ueberalterung der Beamtenschaft als Folge der neuen Pensionsgesetze sind im preussischen Finanzministerium in Vorbereitung.

Berlin, 8. Juni. Neue indirekte Steuern zum Zwecke der Aufbringung der Mittel für die Wiedergutmachung von Kriegsschäden im Ausland plant die Reichsfinanzverwaltung. Die Mittel aus der großen Vermögensabgabe decken kaum 25 Prozent der zu erwartenden Ausgaben für diesen Zweck. Der neue Reichstag wird bald mit diesen Problemen befaßt werden, sobald die Ergebnisse von Spaas feststehen.

Ausland.

Ein französisches Glückwunschtelegramm an die Unabhängigen.

dd. Paris, 8. Juni. (Eig. Meldung.) Die Sozialdemokraten des Seine-Departements haben gestern auf Antrag von Conguet beschlossen, an die deutschen Unabhängigen wegen des Ausfalls der Wahlen ein Glückwunschtelegramm zu schicken. Der Antrag Renaudel, auf die deutschen Mehrheitssozialisten Rücksicht zu nehmen, wurde abgewiesen.

Freigabe deutscher Gefangener in Frankreich.

dd. Paris, 8. Juni. (Eig. Draht.) Die französischen Blätter bringen die Nachricht aus Lille, daß die Bürger der befreiten Gebiete vom militärischen Untersuchungssekretär die Weisung erhalten haben, alle deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 10. Januar verhaftet worden sind, gleichwohl unter welcher Anklage sie stehen, unverzüglich in Freiheit zu setzen. Was die deutschen Bürger anbelangt, die vor dem 10. Januar verhaftet worden sind, so wird noch später Weisung erteilt.

Wahltag der Simeiner.

tn. London, 8. Juni. Der „Observer“ meldet, daß die Gemeindevahlen in Irland sich mit dem Ausschneiden von Nordost-Irland und der Grafschaft Londonderry zu einem überwältigenden Sieg der Sinnfeiner gestaltet haben. Die Hoffnung, daß die Unionisten im Süden, die unter der proportionalen Vertretung sich würden Geltung verschaffen können, habe sich als eitel erwiesen und nun ist die Mehrheit der irischen Grafschaft und Distrikte in den Händen der Sinnfeiner. In Ulster ist die Lage ungefähr unverändert.

Ausfahrungen in Graz.

Wtb. Graz, 7. Juni. Wegen der hohen Eier- und Rirschenpreise veranstalteten auf dem Marktplatz etwa 2000 Frauen Kundgebungen, denen sich viele Männer anschlossen. Bei dem Tumult wurden sechs Personen leicht verletzt.

Wtb. Graz, 8. Juni. Die Zahl der bei den gestrigen Unruhen Getöteten beträgt 11. Die Landesregierung hat eine strenge Untersuchung angeordnet, weshalb die Gendarmerie Feuerwaffen gebräuchlich. Heute herrschte vollständige Ruhe.

Wtb. Innsbruck, 7. Juni. Die Herzogin der Krantenhäuser ist wegen Nichterfüllung ihrer seit sechs Monaten an das Staatsamt für Unterricht gerichteten Forderungen in den Ausstand getreten. Die medizinische Fakultät der Universität hat sich geschlossen.

Ausfahrungen in Holland.

Wtb. Haag, 8. Juni. Anlässlich der für heute angesetzten Einbringung des Gesetzes gegen revolutionäre Umtriebe versammelten sich in der Nähe des Volkshauses, wo eine rote Fahne aufgezogen war, etwa 20—25 000 Personen, die gegen 1 Uhr mittags mit dem sozialistischen Kammerangeordneten an der Spitze nach dem Parlamentsgebäude zogen. In der Nähe dieses Gebäudes trat die Polizei dem Zuge entgegen. Die Beamten hatten Mäße, die andringende Masse aufzuhalten und trieben schließlich die Menge mit Gummistöcken und Säbeln zurück. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Fremdenpolizei in der Schweiz abgeschafft.

Wtb. Bern, 7. Juni. Die Geschäftsführungscommission des Nationalrates hat einen Antrag angenommen, wonach die Fremdenpolizei in nächster Zeit abgeschafft werden wird. Der Abbau soll in der Weise erfolgen, daß zunächst die Passformalitäten an der Schweizer Grenze vereinfacht werden und daß Ausländer, die die Einreisebewilligung für bestimmten Aufenthalt erhalten haben, sich im Inlande nicht mehr an- und abzumelden brauchen.

Der Großwesir reist nach Paris.

Wtb. Paris, 8. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel vom 5. Juni wird der Großwesir im Laufe dieser Woche nach Paris reisen, um die Antwort auf den Friedensvertragsentwurf zu überbringen. Er werde auch eine Zusammenkunft mit Venizelos haben.

England und Russland.

London, 8. Juni. Lloyd George führte im Unterhause aus: Die Alliierten, die sich darüber klar sein, daß die Welt einer Periode der Kalamitäten entgegensehe, hielten es für nötig, die Beziehungen zu einem Lande wiederherzustellen, das früher 25 Prozent der Lebensmittel ausfuhrte. Es seien zweifellos Öl, Fleisch und Holz in Russland vorhanden und eines der Ziele der Botschaft mit Krasin sei die Verbesserung der Transportbedingungen gewesen. Lloyd George wandte sich gegen das Argument, nachdem man mit dem Lande, dessen Regierung man verabschiede, keinen Handel treiben dürfe und fragte, ob man denn nicht mit der Türkei und dem zaristischen Russland Handel getrieben habe. Wenn man sich weigerte, würde man Russland Handel zu treiben, solange es dort eine bolschewistische Regierung gebe, würde man eine außerordentliche Dummheit begehen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Genusspach-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

9. Juni.

Die neuen Schlachtviehpreise.

Durch Verordnung vom 4. Juni haben die Schlachtviehpreise eine Veränderung erfahren, bei der die Zuschläge für Häute in Wegfall kommen, worfür dann aber eine Erhöhung der Preise eingetreten ist. Die bisherige Regelung mit den Zuschlägen für Häute hat zu außerordentlichen Unzulänglichkeiten geführt und zur Verringerung der Schlachtviehaufbringung, insbesondere, weil die Landwirte die Auffassung vertrat, daß ihr der volle Erlös aus den Häuten als Ertrag ihrer Produktion zusteht. Die neue Verordnung, bei der die Zuschläge für Häute wegfallen, bestimmt nun, daß bis zum 30. Juni 1920 beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 50 kg Lebendgewicht folgende Sätze nicht übersteigen darf:

I. bei Rindern: 1. gering genährte Rinder einschließl. gering genährten Fressern (Klasse c) 240 M., 2. fleischige Rinder (Klasse b) 340 M., 3. vollfleischige Rinder (Klasse a) 380 M., 4. ausgemästete oder vollfleischige Rinder höchster Schlachtwerte (Klasse a 1) 420 M.

II. bei Kalbern: Schlachtkälber im Alter unter drei Monaten 450 M.

III. bei Schweinen: Schlachtschweine (ausgenommen bei Vertragsmaß) 350 M.

IV. bei Schafen: 1. minderwertige, ungemästete Schafe (Klasse 4) 240 M., 2. magere und gering genährte Schafe, sowie Zuchtschafe (Klasse 3) 300 M., 3. vollfleischige und Mastschafe, sowie fleischige Lämmer und Jährlinge (Klasse 2) 350 M., 4. vollfleischige Lämmer und Jährlinge, Hammel und ungemästete Schafe (Klasse 1) 400 M.

Für die Zeit nach dem 31. Juli bleibt die Neuordnung der Schlachtviehpreise vorbehalten.

Von der Neuordnung des Schlachtviehpreises wird eine wesentliche Verbesserung der Schlachtviehaufbringung erwartet, die um so nötiger ist, als die Einfuhr von Auslandsfleisch bei den hohen, für dieses Fleisch zu zahlenden Preisen große Verbilligungszuschläge des Reiches erforderlich macht.

Die erhöhten Beamtenbezüge.

Die Gesetze über die Verbesserungen der Dienstentlohnungen der preussischen Beamten sollen diesen so bald als möglich zugute kommen. Sofort nach deren Verkündung sollen die erhöhten Bezüge an die Beamten im Dienste ebenso wie an die Wartegeldempfänger, Ruhegeldempfänger und Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. April an Stelle

die Gemeinde-
Nordost-Winter
längsten Sieg
die Unionisten
ng sich würden
iefen und nun
e in den Hän-
r umändert.

und Kirchen-
Frauen Kund-
dem Tumult

rigen Unruhen
strenge Unter-
uerwaffen ge-

Strankenhäuser
das Staats-
Ausland ge-
hat sich ange-

angelegten Ein-
verfammlen
ne aufgezo-
tags mit dem
dem Parla-
trat die Poli-
andringende
mit Gumm-
wurden vorge-

afft.
ummission des
ch die Frem-
Der Abbau
malitäten an
Länder, die
ten haben, sich
en.

aus Konstan-
dieser Woche
sbertragsent-
mentum mit

aufe aus: Die
einer Periode
die Beziehun-
Prozent der
chs und Auf-
Befprechung
angen gewen-
nachdem man
keinen Handel
Türkei und
dann man sich
ange es dort
außerordent-

berg.

151.

9. Juni.

ie Schlacht-
Zuschläge
der eine Er-
ge Regelung
ntlichen Un-
er Schlacht-
irtschaft die
den Gärten
ne Verord-
n, bestimmt
erlauf vom
für 50 Mg.
darf:
nder einschl.
2. Reichs-
er (Klasse a)
der höchsten

r unter drei

(ausgenom-

ungsmäßste
genährte
vollständige
Jährlinge
Jährlinge,
10 M.

Neuregelung

reizes wird

aufbringun-
r von Aus-
u zahlenden
es erforder-

iensteinkom-
o bald als
Verkündung
ienste eben-
sempfänger
an Stelle

des bisherigen Dienstverhältnisses und der bisherigen Ver-
sorgungsbefugnisse einschließlich sämtlicher Teuerungszulagen
usw. gegahlt werden. Um aber den Bezugsberechtigten die
Wohlfahrt der neuen Regelung alsbald zugänglich zu ma-
chen, ist angeordnet worden, daß mit gewissen Ausnah-
men von der Umrechnung des Besoldungsdienstalters vor-
läufig abgesehen wird. Die Umrechnung wird in diesen
Fällen ausdrücklich als eine vorläufige bezeichnet. Die
Landesversammlung hat sich eine Nachprüfung sämtlicher
Besoldungsgehalte vorbehalten. Die endgültigen Ausfüh-
rungsbestimmungen können deshalb noch nicht erlassen wer-
den. Die ausführenden Stellen sind aber mit eingehenden
Anweisungen für die neuen Dienstbezüge versehen worden.

— Das Wetter am Donnerstag: Ziemlich heiter,
trocken, zunehmende Erwärmung.

H. Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene. Der
Hilfsausschuß für ehemalige Kriegsgefangene Herford-Land
schreibt uns: Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen in
England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Ser-
bien, die bislang nicht zurückgekehrt sind, werden nochmals
aufgefordert, die letzte Adresse des Gefangenen unverzüg-
lich, spätestens bis zum 15. Juni 1920, auf dem für sie zu-
ständigen Amte abzugeben. Für ordnungsmäßige Erledi-
gung der Anmeldungen, die nach dem 15. Juni 1920 ein-
laufen, kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Dr. Zur Durchführung der Umsatzsteuer. Der demo-
kratische Abgeordnete Dr. Schreiber-Galle hat Ende April
in der Preussischen Landesversammlung folgende kleine An-
frage eingereicht: „Das Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezem-
ber 1919 geht davon aus, daß der Verkäufer die Steuer auf
den Käufer abwälzt, daß aber im Preis die Steuer außer-
ordentlich in Erscheinung treten darf. Durch diese Bestim-
mung wird die Abwälzung der Umsatzsteuer bei allen den
Waren unmöglich, bei denen bereits vor dem Inkrafttreten
des Umsatzsteuergesetzes, also vor dem 1. Januar 1920, noch
jetzt geltende Höchstpreise festgesetzt worden sind. Bei diesen
Waren müssen daher Produzenten und Kaufleute die Um-
satzsteuer ungerecht und dem Geiste des Umsatzsteuergesetzes
widersprechender Weise selbst tragen. Ist die Staatsregie-
rung bereit, zur altschadigen Abstellung dieses Mißbrauches
bei den zuständigen Reichsstellen die erforderlichen Schritte
zu unternehmen.“ Der Finanzminister Südekum hat da-
rauf in seiner Antwort hingewiesen auf eine Verfü-
gung des Reichsfinanzministers an die zuständigen Stellen,
die Höchstpreise darauf durchzuprüfen, ob die durch die Um-
satzsteuer eintretende Erhöhung der Unkosten genügende Be-
rückichtigung findet. Die genannten Stellen haben sich be-
reits erklärt, die Höchstpreise zu erhöhen, soweit sie ange-
hörs der Umsatzsteuer einen angemessenen Gewinn nicht
gewährleisten.

— Die Vereidigung der Bahnbeamten auf das Reich.
Die Eisenbahnbeamten müssen jetzt den Reichsbeamten-
dienst leisten, soweit sie nicht ihre Rücktrittserklärung
für den preussischen Staatsdienst alsbald abgeben, nachdem
die Staatsbahnen in der Besitz des Reiches übergegan-
gen sind. Der Eid lautet bekanntlich: Ich schwöre Treue
der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte
Erfüllung meiner Amtspflichten. Bei den ehemals eisa-
lohringischen Eisenbahnbeamten ist eine Vereidigung nur
erforderlich, soweit sie den Verfassungseid etwa noch nicht
geleistet haben. Für die Vereidigung der Beamten und
Beamtenanwärter sowie der Ausfühlsbeamten, die als Be-
triebs- oder Bahnpolizeibeamte beschäftigt werden, ist be-
reits Bestimmung getroffen. Dienstkreise sind zum Zwecke
der Vereidigung nicht zu unternehmen. Sie ist bei Gelegen-
heit anderer Dienstreisen zu erledigen. Ueber die Leistung
des Eides wird ein kurzer Vermerk zu den Personalakten
genommen.

— Unzulässige Drucksache. Seit Erhöhung der Post-
gebühren werden mit der Schreibmaschine unter Benutzung
von Durchdruckblättern gefertigte Druckschlüsse häufig als
Drucksache zur Postbeförderung aufgegeben. Nach den Be-
stimmungen der Postordnung gelten Schriftstücke, die mit
Durchdruck, Paus-Kopier-Pressen oder Schreibmaschine
hergestellt sind, nicht als Drucksachen, die gegen die er-
mäßigte Drucksachengebühr befördert werden können. Der-
artige Sendungen, die nur nach diesen Gebührenätzen frei-
gemacht sind, müssen als unzulässig zurückgewiesen werden.

— Nur 10 Briefmarken auf einmal. Briefmarken mit
höheren Werten sind durch die wiederholten Erhöhungen
der Postgebühren immer notwendiger geworden. Schon
bei der vorletzten Portobehaltung war deshalb in Aussicht
genommen, Kupferüberdruckmarken mit Hilfe der alten
Werte herzustellen. Infolge technischer Schwierigkeiten
konnte die Reichsdruckerei erst in den letzten Tagen des Mo-
nats Mai einen gewissen Vorrat davon herstellen, der jetzt
an sämtliche Oberpostkassen verteilt wird. Von diesen
Marken konnten aber nur eine geringe Menge gedruckt wer-
den, so daß auf die einzelnen Oberpostdirektionsbezirke nur
wenige tausend Bogen entfallen. Um nun ein Ankaufen
dieser Sonderausgabe durch die Briefmarkenhändler nach
Möglichkeit zu vermeiden, sind die Postanstalten angewie-
sen worden, an jeden Käufer nicht mehr als 10 Stk. von
jeder Art abzugeben.

— Vorzugsweise Abfertigung Kriegsbeschädigter an
den Fahrkartenschaltern. Nach einer Verfügung der Eisen-
bahndirektion sollen fortan die mit dem Ausweis ihrer
Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte versehenen Schwer-
kriegsbeschädigten an den Fahrkartenschaltern vorzugsweise
abgefertigt werden.

— Für Briefsendungen nach dem Auslande einschl.
Etsch-Botzfringen sind nun ebenfalls Gebührenänderungen
eingetreten. Es muß besonders darauf hingewiesen werden,
daß die Briefsendungen nach dem Auslande vielfach unge-
nügend frankiert sind.

— Freie Obst- und Gemüsefuhr. Amtlich wird be-
stätigt, daß die Einfuhr von Gemüse und frischem Obst,
mit Ausnahme von Kürbis, freigegeben ist.

— Neue Amtsbezeichnung. Nach Annahme der Be-
soldungsvorlage hat das Staatsministerium beschlossen,
den in Gruppe 10 der Besoldungsordnung befindlichen, bis-
her als Oberlehrer bezeichneten Beamten die Amtsbezeich-
nung „Studienrat“ zu verleihen.

Amt Gohfeld-Mennighüffen.

Stühne, 7. Juni. Viehzählung am 1. Juni. Gezählt wurden
in Bischofsheim: Pferde 143 (132), Rindvieh 461 (421),
Schafe 216 (243), Schweine 1229 (773), Ziegen 279 (248), Feder-
vieh 3146 (2792); Jöllenbeck: Pferde 64 (60), Rindvieh 288
(271), Schafe 20 (19), Schweine 644 (446), Ziegen 237 (229), Fe-
dervieh 1995 (1961); Depenbrock: Pferde 46 (45), Rindvieh 158
(147), Schafe 23 (15), Schweine 567 (365), Ziegen 230 (207), Fe-
dervieh 1553 (1482); Melbergen: Pferde 49 (54), Rindvieh
193 (172), Schafe 70 (69), Schweine 492 (342), Ziegen 188 (161),
Federvieh 1613 (1566); Gohfeld: Pferde 302 (291), Rindvieh
1100 (1011), Schafe 329 (346), Schweine 2982 (1926), Ziegen 929
(845), Federvieh 8307 (7801); Stühne: Pferde 94 (88), Rindvieh
288 (274), Schafe 101 (63), Schweine 1013 (647), Ziegen 362 (293),
Federvieh 2928 (2488); Obernbeck: Pferde 55 (53), Rindvieh
205 (213), Schafe 84 (94), Schweine 694 (510), Ziegen 331 (301),
Federvieh 2012 (1925); Mennighüffen: Pferde 158 (154),
Rindvieh 685 (658), Schafe 81 (77), Schweine 1771 (1130), Ziegen
601 (506), Federvieh 5086 (4656); Bed: Pferde 18 (18), Rindvieh
61 (61), Schafe 329 (313), Schweine 143 (98), Ziegen 20 (11),
Federvieh 397 (193); Nienburg: Pferde 17 (15), Rindvieh 41
(35), Schafe 154 (117), Schweine 37 (22), Ziegen 6 (3), Feder-
vieh 211 (143). Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen das Er-
gebnis der Zählung vom 1. März 1920.

Amt Enger.

Enger, 7. Juni. (Sitzung der Stadtvertretung). Für das
städtische Haus an der Werthstraße werden die Mieten
wie folgt festgesetzt: Für die untere Wohnung auf 900 M. und für
die beiden oberen Wohnungen auf je 400 M. Zu der Angelegen-
heit der Beschaffung von Schläuchen für die Feuerwehr sollen zu-
nächst Offerten eingelegt werden. In der Voraussetzung, daß
der Kreis die Nachsteuer von 6 Proz. von 1919 zur Deckung des
Fehlbetrages der Provinz beschließt, beschließt die Stadtvertretung
die gleiche Nachsteuer auf das anlagefähige Steuerjoh an Einkom-
mensteuer (bei dieser erst von dem Steuerjah von 9 M. an) und
Realsteuern von den Steuerpflichtigen zu erheben, zumal da dann
bei der Verteilung der Reichseinkommensteuer für die Zukunft der
Stadt Enger die 6 Proz. Einkommensteuer zu gute gerechnet wer-
den. Um die Stadtkasse zahlungsfähig zu erhalten, beschließt die
Stadtvertretung, sich bei der Sparkasse der Stadt Enger einen
Kredit bis zu 115 000 M. eröffnen zu lassen. In Reich und Staat
soll der Antrag auf schnelle Ueberweisung von Steueranteilen
gestellt werden. Der Antrag des Nachbischöfers Schumann auf
Gehaltssteigerung wird der Kommission überwiesen, um gleichzeitig
die übrigen Gehälter der Angestellten der Stadt zu revidieren.

Amt Blothe.

ch. Donneberg, 7. Juni. Gewählt haben hier 76,7 Pro-
zent. Die Deutschnationalen gewannen ungefähr 35 Stim-
men, die sie wohl von den kleineren Landwirten erhalten
haben, die bei der vorigen Wahl der Demokratischen Partei
ihre Stimme gaben. Demnach ist der Verlust der
Demokraten. Der Stimmenverlust der Sozialdemokraten
(78 davon 39 Unabhängige) ist nur scheinbar. Man muß
bedenken, daß in der augenblicklichen Jahreszeit viele Zie-
ler fort sind und eine Reihe von Mitgliedern jetzt im Ruhe-
lohngebiet arbeiten. Die Deutsche Volkspartei, die hier
zwei öffentliche Wahlversammlungen abhielt, (Demokraten
feine) bekamen dafür als Lohn 13 Stimmen mehr als die
Demokraten.

Stadt Bünde.

ra. Bünde, 8. Juni. In der evangelischen Kirchengemeinde
Bünde wird eine fünfte Pfarrstelle mit dem Sisse Holsen-Ähle
eröffnet.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Heimkehr aus rumänischer Gefangenschaft.

tu. Berlin, 8. Juni. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und
Zivilgefangene teilt der Telegraphen-Union mit: Der Lazarettzug 5,
der am 18. April 1920 zur Abholung deutscher Kriegsgefangener
nach Buxarest abgegangen war, ist heute mit 489 deutschen
Kriegsgefangenen in Deutschland wieder eingetroffen. Die Heim-
kehrer wurden dem Durchgangslager Reize zugeführt.

150 Flugzeuge verbrannt.

rotb. Rotterdam, 7. Juni. Bei einem Brande in einer Flieger-
schule in der Nähe von Seelard (Vincentine) wurden nach einer
Londoner Meldung etwa 150 Flugzeuge zerstört. Der Schaden
beträgt eine Viertelmillion Pfund Sterling.

Der französische Gesandte in Wien befehligt.

Wie die Wiener Blätter melden, wurde Sonnabend im fran-
zösischen Botschaftsgebäude dem Gesandten Lefevre-Pontalis der
Paß des Gesandten, ein Kreditbrief von 100 000 bis 150 000 Franken,
eine Kasse mit Orden und Schmuckgegenstände gestohlen. Als
Täter kommt ein junger Mann in Betracht, der seit fünf Tagen
auf der Botschaft in Stellung war.

Freijahrsversammlung des Rhythmus-Bundes.

In der Zeit vom 10. bis 15. Juni tritt der Rhythmus-Bund
der Deutschen Bundes-Riegerverbände zu seiner üblichen Freijahrs-
tagung auf dem Rhythmus-Bund zusammen. Außer wichtigen Erhebungs-
berichten wird die Tagung sich vor allem mit den Aufgaben der
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, Ausbau des
Unterstützungswezens, Siedlungswezens usw. befassen.

Dortmund, 8. Juni. Nachdem die Reichswehrtruppen heute

Dortmund verlassen haben, traf in den Nachmittagsstunden die
erste Abteilung der grünen Polizei ein. Der Rest wird in den
nächsten Tagen folgen.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem
Leserkreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Genauere Sportberichterstattung!

Am Dienstag, den 8. d. M. brachte ein Berichterstatter (ein
Mitglied des Sportklub Union) die Kritik über das Spiel Sport-
klub Union gegen Spielvereinigung Göttersloh. Da dieser Herr
noch sehr jung und nicht zuletzt von einzelnen Vereinsfanatikern
aufgereizt wird, ist er nicht immer in der Lage, die Berichte über
Wettspiele den Tatsachen entsprechend zu bringen. Zunächst gebe
ich dem sportliebenden Publikum von Herford bekannt, daß ich das
Wettspiel am letzten Sonntag leitete und erlaube mir als Unpartei-
scher, einige Worte über das Spiel und die Kritik zu sagen. Der
Wahls und des Regens willen hatten sich auf dem Waldrieden-
platz sehr wenig Zuschauer eingefunden. Die meisten derselben
waren wohl Mitglieder und Anhänger vom Sportklub Union. Die
Göttersloher, die durch die wunderbare Technik der Spielverein-
igung am Sonntag vorher mit 4:0 geschlagen wurden, konnten
diesmal den sehr starken Gegner: Sportklub Union mit 2:1 be-
siegen. Union zeigte nicht ganz sein Können. Einige Spieler
spielten sehr eigenmächtig, wodurch das Zusammenspiel gewiß leiden

musste. Der beste Spieler auf dem Platz war Herr Zurmühlen.
Aber leider konnte dieser Spieler sein Können zu wenig zeigen,
weil die Mitarbeit der meisten anderen stets versagte. Auf jeden
Fall kann der Schiedsrichter die Love nicht treten! Dann kriti-
siert man über Abseitsstellungen, die ich zu unrecht gepfiffen hätte.
Dies zu beurteilen überlasse ich dem Fachmann, denn es waren
ja nicht nur Laien auf dem Platz. Göttersloh zeigte durchweg ein
überlegenes Spiel und gelang es Unions Sturm, in die Nähe des
feindlichen Tores zu kommen, so stießen sie bei der Göttersloher
Verteidigung auf schweren Widerstand, die es dann auch verstand,
den Ball stets wieder zur Mitte zu bringen. Daß das Tor bei
einem Angriff zusammenbrach, ist Unions eigene Schuld, denn das
Tor ist so aufzubauen, daß es widerstehen kann und kein großer
— Schlamassel entsteht! Angenommen, Göttersloh hätte verloren
und das Tor wäre zusammengebrochen, so läge für Göttersloh ein
Protestgrund vor und kein großer — Schlamassel für Union. Ein
paarmal brüllten die Anhänger von Union „Hand“, den Schieds-
richter stört das nicht, er gibt keine Pfiffe, da absichtliches und
unabsichtliches Hand zu unterscheiden ist. Dann die Zuschauer!
Ein großer Teil, wiederum Mitglieder und Anhänger von Union,
benahmten sich sehr unportlich, in vielen Fällen wurden die Gäste
wie kleine Kinder ausgelacht. Der betreffende Herr, der da be-
hauptet, ich sei im vorletzten Spiel nicht ganz in Form gewesen
und sich jetzt erlaubt, zu sagen, ich sei überhaupt nicht fähig, solche
Spiele zu leiten, der schrieb vor kurzem in der Kritik über das
Spiel: Freikorps Göttersloh gegen Sportklub Union: Herr Schmachter
als Unparteiischer wurde seiner Aufgabe in bekannter, unsichtbarer
Weise gerecht. Was sagen die Herforder Sportleute und die Lei-
tung Union dazu? Es ist wohl richtiger, die Schiedsrichter-Verein-
igung stellt dem Sportklub Union überhaupt keine Schiedsrichter
mehr, da dieselben von Union nicht unterstützt, sondern belächelt
werden. Das Schönste bei der ganzen Sache ist, wohl gemerkt,
daß ich von der I. Mannschaft Sportklub Union zu diesem Spiel
als Schiedsrichter gewünscht war, was die Mitglieder, die der
Schiedsrichter-Vereinigung angehören, jederzeit bekräftigen können.
Den unportlichen Bericht habe ich heute dem Kreise nebst Be-
schwerde zur Verhandlung überhandt.

Peter Schmachter.

Ohmann der Schiedsrichter-Vereinigung Herford und Umgegend.

Herabsetzung der Schuhpreise.

Der Verein der Schuhwarenhandler Gelsenkirchen gibt in den
Tageszeitungen bekannt, daß der gegenwärtigen Wirtschaftslage
Rechnung getragen werden müsse. Um den Übergang zu normalen
Verhältnissen nicht bis zum Eintreffen der billiger eingekauften
Waren hinauszuzögern, habe der Verein den ihn große Opfer
kostenden Beschluß gefaßt, seine gesamten Warenlager den heute
geltenden Preisen anzupassen, d. h. die Preise erheblich herabzu-
setzen. Man hoffe dadurch, weiten Kreisen des Publikums den Ein-
kauf zu angemessenen Preisen zu ermöglichen, die Kaufkraft zu be-
leben und der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit in
der Schuhindustrie vorzubeugen.

Könnte man nicht auch anderswo diesem Beispiel
folgen?

Wirtschaftsleben.

Devienturje.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Anzeigungen:	8. Juni		7. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1511,00	1514,00	1453,50	1451,50
Brüssel-Antwerpen	324,65	325,35	324,65	325,35
Christiania	729,25	730,75	719,25	727,75
Kopenhagen	679,30	680,70	664,30	665,70
Stockholm	879,10	881,90	865,60	838,40
Oslo	192,30	192,70	179,40	180,20
London	229,75	230,25	227,85	227,75
New York	159,80	160,20	157,31	157,70
Paris	40,30	40,41	39,95	40,05
Basel	312,20	312,80	312,20	312,80
Schweiz	731,75	733,21	726,75	728,25
Spanien	656,85	658,15	654,35	655,85
Wien (alt)	19,98	20,02	19,98	20,02
do. (Deutsch-Öst. abgeimpf.)	23,47	23,53	23,97	24,03
Prag	90,15	90,31	89,15	89,35
Budapest	22,22	22,23	21,22	21,23

Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Die scharfe Krise in der Textilindustrie, in der Hauptsache her-
vorgehen durch den Preisrückgang der textilen Rohstoffe, hat zu star-
ken Betriebsbeschränkungen geführt. In allen Textilbezirken wird
nur noch an einigen Tagen der Woche gearbeitet. Viele Entlassun-
gen sind bereits erfolgt. Um den hartbetroffenen Textilarbeitern
eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Hilfe an-
geboten zu lassen, hat der Zentralverband christlicher Textilarbeiter
Deutschlands in einer Eingabe bei den zuständigen Ministerien be-
tragt: daß die Erwerbslosenunterstützungsätze, unbeschadet der
Verordnung vom 5. Mai d. J. noch weiter erhöht werden; die Be-
rechnung der Unterstützung für die Kurzarbeiter (teilweise Arbeits-
lose) eine andere, für die Kurzarbeiter günstigere Lösung erhält;
die gegenseitige Aufrechnung des Verdienstes der im Haushalt
lebenden Familienangehörigen des Erwerbslosen nicht mehr in der
im § 6 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vorge-
sehenen scharfen Umgrenzung erfolgt; die Vermehrung von Not-
standsarbeiten, besonders solchen, die volkswirtschaftlich wichtig
sind, gefördert, und auf einen Preisabbau, speziell für Inlands-
lebensmittel und Bedarfsartikel, in entschiedener Weise hingear-
beitet wird.

Erfolgreiche Lederauktion in Hamburg.

In einer von einem Makler veranstalteten Auktion über 128
Ballen Wild-Adachleder (8679 Kilogramm Croupens erster und
zweiter Sorte), sowie 1322½ Kilogramm Schaf, 112½ Kilogramm
Wäde und 179 Kilogramm Croupens zweiter Sorte, 106 Kilo-
gramm Croupens 3. Sorte, ferner 923½ Kilogramm Abfall, er-
folgte, trotzdem eine große Anzahl von Käufern sich eingefunden
hatte, kein einziger Zuschlag. Offenbar wurde absichtlich kein an-
nehmbares Gebot gemacht. Die gebotenen Preise bewegten sich
etwa zwischen 16—38½ M. für das Kilogramm. Wie aus Inter-
essentreisen verlautet, ist dieser eigentümlich negative Verlauf
der Versteigerung auf die Absicht der Lederinteressenten zurückzu-
führen, die Abhaltung weiterer Auktionen in Hamburg zu ver-
hindern.

Leciferrin-Tabletten

für Schwache, Erschöpfte, körperlich
und geistig Ueberarbeitete. Hervorragend
begutachtet.

Preis Mk. 6.—. In Apotheken.

Calenus Chemische Industrie, Frankfurt a. M.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für
den Inseratenteil verantwortlich: G. Befe, beide in Herford.

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kuhl
Geschäftsstelle: Herford.
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 157
Postfachkonto Nr. 5296
Schwanen-Haus

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Land. Preis Herford, Sonntag 25 Pfennig. In anderen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 133.

(Zweites Blatt)

Herford, Mittwoch, den 9. Juni 1920

38. Jahrgang.

Lokales.

9. Juni.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

Das Marktstandsgeld.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde von einem Stadtverordneten die Anregung gemacht, das Marktstandsgeld den heutigen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Oberbürgermeister Busse teilte bekanntlich darauf mit, daß eine Neuauflage von Tarifen bereits in Arbeit sei. Immerhin wäre aber eine solche Neuauflage des Marktstandsgeldes insofern auf Schwierigkeiten gestoßen, als § 2 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Marktstandsgeld, vom 26. April 1872 besagt: „Sie darf den Satz von zwei Silbergroschen für das Quadratmeter und den Tag des Festbietens nicht übersteigen.“ Nunmehr hat aber die preussische Staatsregierung der preussischen Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Erhebung des genannten Abgabs vorzieht. In der Begründung zu der Gesetzesvorlage wird gesagt:

„Dieser Satz (von 20 Pfg.) hat sich schon längst als nicht mehr ausreichend erwiesen. Der Reichsstadtbund hat deshalb keine Erhöhung beantragt. Zur Begründung des Antrags führt er aus, daß der Wert des Grund und Bodens, der bei Vergebung der Plätze zu Marktwerten mit in Ansatz zu bringen sei, die Gehälter der Aufsichtspersonen, sowie die Kosten der Reinigung und Unterhaltung der Plätze seit 1872 erheblich gestiegen seien. Die festgelegten Höchstätze entsprächen daher unter den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr den Umständen der Städte. Eine Erhöhung der bisherigen Sätze erscheine auch mit Rücksicht darauf, daß die Abgabepflichtigen insofern erheblicher Steigerung der Marktpreise wesentlich höhere Einnahmen hätten, durchaus gerechtfertigt.“

Die zu einer Neuauflage über diesen Antrag aufgestellten Regierungspräsidenten sprechen sich fast ausnahmslos für eine Erhöhung des Marktstandsgeldes aus.

Die unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen finanziell ungünstige Lage der Gemeinden macht es notwendig, ihnen alsbald jede mögliche Hilfe zu gewähren. Durch den vorstehenden Gesetzentwurf soll die bisherige Höchstgrenze beseitigt werden. Es soll den Gemeinden und in der Genehmigungseinrichtung den Bezirksausschüssen überlassen bleiben, die Höhe des Marktstandsgeldes innerhalb der durch § 68 der Reichsgewerbeordnung gezogenen Grenzen nach Lage der örtlichen Verhältnisse festzusetzen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Gesetz in der Preussischen Landesversammlung zur Annahme gelangt und damit ist auch für unsere Stadt eine Einnahmequelle weit ergiebiger gestattet.

Mietseinkunftsämter und Aufsichtsbehörden.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat über die Frage, ob von der Aufsichtsbehörde noch über die Zulässigkeit einer Wohnungsbeschlagnahme entschieden werden kann, nachdem vom Mietseinkunftsamt bereits ein Zwangsmietvertrag festgestellt ist, folgende grundsätzliche Entscheidung getroffen: Nach § 7 der Mieterschutzverordnung ist die Entscheidung der Mietseinkunftsämter unanfechtbar. Daraus ergibt sich, daß nach Festsetzung des Zwangsmietvertrages durch das Einkunftsamt kein Raum mehr für die Entscheidung der Aufsichtsbehörde bleibt. Vor Festsetzung des Zwangsmietvertrages steht jedoch der Aufsichtsbehörde das Recht der Nachprüfung der Wohnungsbeschlagnahme zu. Dieses Aufsichtsrecht wird vor allem auch dahin geltend zu machen sein, daß die Wohnungsrationierung tadellos nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgt und innerhalb des Rahmens der auf Grund der Wohnungsmangelsverordnung erteilten Ermächtigung verbleibt.

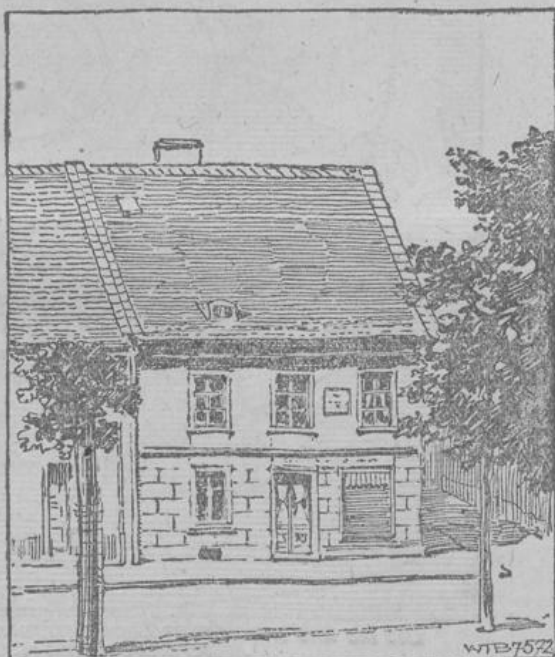
Richtlinien für die Schüler-Selbstverwaltung.

Eine Reihe von Erlassen des preussischen Unterrichtsministeriums bezwecke, die Schüler zur tätigen Mitarbeit am gesamten Leben ihrer Schule heranzuziehen und dadurch Selbstständigkeit und Verantwortungsfähigkeit, Sinn für Gemeinheitsleben und Vertrauensverhältnis der Schüler untereinander und zwischen Lehrern und Schülern zu fördern und zu stärken. Eine Rundfrage hat ergeben, daß mit der Schüler-Selbstverwaltung überwiegend günstige Erfahrungen gemacht worden sind. Demnach ist eine sichere Grundlage für ihren weiteren Ausbau gegeben. Nach folgenden Bestimmungen ist künftig zu verfahren:

Die Schüler und Schülerinnen aller Klassen haben am Anfang jedes Schulhalbjahres „Sprecher“ in geheimer Wahl zu wählen. Im ersten Halbjahr der Sekta (7. Klasse des Gymnasiums) können die Sprecher vom Klassenleiter ernannt werden. Die Zahl der Sprecher und ihre Amtsdauer wird von der Lehrerkonferenz bestimmt. Auch die übrigen Klassenleiter werden durch Wahl beauftragt. Die Sprecher der Klasse bilden mit den übrigen Klassenbeamten den Klassenrat. Bei Vollanstellungen bilden die Sprecher der Klassen



Gustav Freytag,
zum 25. Todestag des Dichters



Gustav Freytags Geburtshaus in Kreuzburg
(Oberschlesien)

von U II (Gymnasial I), bei Nichtvollanstellungen von U III (Gymnasial III) an aufwärts, bei den Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten die sämtlichen Klassen des Schülerschusses, der sich einen „Berater“ aus den Mitgliedern des Lehrkörpers wählt. Dieser stellt zugleich das Verbindungsmitglied zwischen Schülerschuss und Lehrerkonferenz dar. Eine Ergänzung des Schülerschusses durch je einen Vertreter der in der Schule bestehenden Vereine ist zu empfehlen.

Wenigstens einmal im Monat benutzt der Klassenleiter oder im Einvernehmen mit ihm ein anderer Lehrer der Klasse eine lehrplanmäßige Stunde zur Ansprache über Angelegenheiten der Klassengemeinschaft oder andere von den Schülern vorgelegene Fragen. Die übrigen in der Klasse unterrichtenden Lehrer können, soweit sie unterrichtsfrei sind, an dieser Klassengemeinschaft teilnehmen. Auf Wunsch des Klassenratschusses tagt die Klassengemeinschaft auch selbstständig. Die Vereinigung mehrerer Klassen zu gemeinsamen Besprechungen ist zulässig. Die oberen Klassen können sich zur Schulgemeinschaft zusammenschließen. Die Schulgemeinde soll den Schülern Verständnis für die große Gemeinschaft geben, in die sie gestellt sind, und Gelegenheiten bieten, selbst an deren Ausbau und Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Sie pflegt daher die freie Aussprache über Fragen der Schule und des Lebens. Erörterungen über einzelne Mitglieder des Lehrkörpers sind nicht statthaft. Als Vortragende können mit Zustimmung der Lehrerkonferenz auch außerhalb der Schule stehende Persönlichkeiten zugelassen werden. Wo eine Schulgemeinde noch nicht besteht, muß zu Beginn jedes Schuljahres über ihre Einführung Klassenweise abgestimmt werden. Die Leitung der Schulgemeinde liegt in den Händen des Vorsitzenden des Schülerschusses oder des Beraters. Ihre Geschäftsordnung gibt sich die Schulgemeinde selbst. Die Mitglieder des Lehrkörpers haben das Recht, an der Schulgemeinde beratend teilzunehmen. Die Schulgemeinde tritt wenigstens einmal monatlich in einer lehrplanmäßigen Stunde zusammen. Die Schulgemeinde hat das Recht, Anträge durch den Schülerschuss an die Lehrerkonferenz zu stellen. Der Schülerschuss ist der Schulgemeinde verantwortlich und hat ihr über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Über sämtliche der Schülerverwaltung dienenden Einrichtungen ist am Schlusse des Schuljahres an das Provinzialschulkollegium zu berichten. Sollten wieder Jahresberichte herausgegeben werden, so ist ein vom Vorsitzenden des Ausschusses verfertiger, vom Berater gegengezeichneter Bericht über die Tätigkeit der Selbstverwaltungsförderung aufzunehmen. Die Provinzialschulräte werden sich bei Befähigungen der Anstalten über den Stand der Selbstverwaltung unterrichten, insbesondere auch durch eine Besprechung mit dem Berater und dem Schülerschuss oder der Schulgemeinde.

— **Herolde des Juni.** Jeder Monat hat seine besonderen Herolde, besonders im Reiche der Blumen. Anfang April begrüßen uns Veilchen und Himmelschlüssel, Anfang Mai folgen Tulpe und Kastanie, Anfang Juni Kornblume und Mohn. Es folgen die Rosen und die Linden, bis uns Aster und die Dahlie an das Scheiden des Sommers gemahnen. Zur Zeit stehen die Wiesen im üppigsten Schmuck und werden mit Recht mit „buntgestickten Teppichen“ verglichen. Margerite und Fledermaus, Sauerampfer und Wegwarte, Klee und Wecke, Vergißmeinnicht und Kornblume, dazu noch viele andere Kinder der Flora erfreuen das Auge und werden von jungen und alten Naturfreunden zu Sträußen fürs Zimmer gebunden. Nur hätte man sich, eines zu pflückenden Straußes wegen das hoch aufgeschossene Gras zu zertreten. Es ist eine große Ungezogenheit, freuz und quer durch die Wiesen zu gehen und gedankenlos zehnmal mehr mit den Füßen zu zerstampfen als man bestenfalls nachhause trägt. Schließlich ist es auch fremdes Eigentum. Des Landmanns Gut ist aber ebenso wertvoll wie unser eigener Besitz, den wir ebenso gegen fremde Eindringlinge zu schützen suchen werden. Leider wird diese Mahnung nicht genügend ernst genommen, jedenfalls noch zu wenig beherzigt; vor allen haben die Wiesenränder zu leiden, die sich in der nächsten Umgebung größerer Städte befinden. Schutz den Feldern!

— **Der Westfälische Gustav Adolf-Verein** hält seine Jahresversammlung am 22. und 23. Juni in Halle i. W. ab. Es ist sicher zu erwarten, daß wieder alle Ortsvereine der Provinz Westfalen einen oder mehrere Vertreter zu dieser Tagung entsenden. Als Empfänger der Liebesgaben sind in Vorschlag gebracht: Das Friedrich-Wilhelm-Stift in Hamm, das Petri-Stift in Hörter, die Gemeinden Heesen, Gollershausen, Lagenbeck und Langewiese.

— **Keine Versicherungspflicht für kriegsbeschäftigte Angestellte.** Während des Krieges war eine Verordnung erlassen worden, nach der eine an sich unter das Versicherungsrecht fallende Tätigkeit versicherungsfrei bleibt, wenn der Angestellte sie nur für die Dauer des Kriegszustandes angenommen hatte und weder vor dem Kriege als Angestellter beschäftigt war noch nachher als solcher tätig zu sein beabsichtigte. Nach Kriegsschluss und mit Rücksicht auf die Uebergangszeit ist nun eine neue Verordnung dahin erlassen worden, daß die Kriegsverordnung noch bis zum 30. November 1920 Gültigkeit hat. Das bedeutet also, daß für derartige Tätigkeit bis zum 30. November 1920 noch Versicherungsfreiheit besteht.

— **Die Postkassensanleihe.** Das Postamt teilt mit: Am 1. Juli erhöhen sich die Fernsprecherbühren um 100 Prozent. Die Gebühren für Herford belaufen sich demnach für einen Pauschalgebührenanschluß auf 600 M (bisher 300 M), für einen Grundgebührenanschluß auf 240 + 80 = 320 M (bisher 120 + 40 = 160 M). Außerdem haben die Fernsprechteilnehmer zum Ausbau des Fernsprechnetzes einen einmaligen Betrag von 1000 M für jeden Hauptanschluß und von 200 M für jeden Nebenschluß zu leisten; die Zahlung des Betrages, die in vierteljährlichen Teilzahlungen von 250 M für Hauptanschlüsse und 50 M für Nebenschlüsse erfolgen kann, ist Vorbedingung für die Befreiung der bestehenden und die Herstellung neuer Anschlüsse. Die erste Teilzahlung ist am 1. Oktober 1920 fällig. Der Beitrag wird von dem auf die Einzahlung folgenden Monat mit 4 Prozent verzinst und dem Teilnehmer bei Aufhebung des Anschlusses zurückgezahlt. Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis 15. Juni 1920 zum 30. Juni 1920 zu kündigen. Der Uebergang zu einer niedrigeren Gebührenart ist erst zum 1. Oktober 1920 zulässig. Der einmalige Beitrag ist bei Anschlüssen, die bis zum 1. Oktober 1920 aufgehoben werden, nicht zu entrichten.

— **Tötet die Wespen.** Alle Wespen und Hornissen, die jetzt herumfliegen, sind Königinnen und Begründer eines Wespennestes, worin unter Umständen weit über 2000 Exemplare im Herbst haufen. Wer also eine Wespe tötet, zerstört damit ein ganzes Nest. Es sind wieder sehr viele Wespenneister da.

Nachbarschaft u. aller Welt.

Die Eisenbahner gegen französische Truppentransporte durch Deutschland.

dd. Essen, 7. Juni. (Eig. Draht.) Angesichts der Bemühungen der französischen Regierung, schwarze Truppen über Deutschland nach Polen zu schaffen, faßten die Gewerkschaften der deutschen Eisenbahner und Eisenbahnbefriedigten den Beschluß unbedingter Dienstverweigerung, wenn die Entente ein derartiges Ansuchen stellen sollte.

Wilder Hafenarbeiterstreik in Memel.

tu. Königsberg, 5. Juni. In Memel haben kommunistische Wähler einen wilden Hafenarbeiterstreik verursacht, der jetzt den ganzen Hafenbetrieb stillgelegt hat. Nunmehr hat der Gouverneur Döry fünf kommunistische Hauptagitatoren verhaften lassen, die erst nach Wiederaufnahme der Arbeit freigelassen werden sollen.

Die Streikenden verweigerten die Wiederaufnahme der Arbeit. Die vermittelnden Gewerkschaften wurden nicht anerkannt und deren Führer für abgesetzt erklärt. Die Streikenden beschloßen die Bildung einer kommunistischen Arbeiterunion.

Blutige Zusammenstöße in Allenstein.

In Königsberg, 5. Juni. In Allenstein haben blutige Zusammenstöße zwischen Deutschen und italienischen Soldaten stattgefunden. Bei einem Tanzvergnügen hatte ein deutsches Mädchen einen Italiener abgewiesen, worauf er eine Ohrfeige versetzte. Es kam zu einer Schlägerei, bei der ein Italiener von einem deutschen Sicherheitsbeamten, der sich in der Notwehr befand, schwer verletzt wurde. Die anwesenden Engländer nahmen die Partei der Deutschen.

Kommunistische Wahlkörung.

Ed. Stettin, 7. Juni. (Eig. Drahtb.) In einem Wahllokal in Polzin wurde die Wahlurne von Kommunisten gewaltsam zerstört, angeblich, weil einige Parteigenossen nicht in die Wahlliste eingetragen waren. Es kam dabei zu Ausschreitungen, bei denen der Wahlvorsteher überaus zugerichtet wurde. Infolge des Vorfalls wird eine Neuwahl notwendig.

Gewalttätigkeit in der Provinz Sachsen.

Halle (Saale), 5. Juni. Im Kreise Cuxfurt wurden unter Beteiligung des Landarbeiterverbandes Aktionsausschüsse gebildet. Auf deren Veranlassung erfolgte durch bewaffnete Banden aus Naumburg die Entlohnung der Einwohnerwehren. An der Entlohnungsaktion nahmen auch Landbesitzer und Industriearbeiter teil. Requisitionen von Lebensmitteln wurden in großem Umfang vorgenommen, ebenso schwere Plünderungen und Exzesse; in einem Falle wurden 80 000 M. erpreßt. Als die Reichswehr ankam, verschwanden die Räuberbanden unter Mitnahme von Reitpferden, die indessen später den Besitzern wieder zugestellt werden konnten.

Die Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen sind in den letzten Tagen fortgesetzt. Es ist über die Honorarfragen verhandelt. Darüber wird uns aus Berlin berichtet:

Krankenkassen und Ärzteschaft.

In Berlin, 5. Juni. Die Vertreter der Ärzteschaft und der Krankenkassen berieten gestern über die Regelung der Arztgebühren. Vorgelesen war bei der Bezahlung nach Eingekaufung 4 M. bzw. 6 M. für die Konsultation bzw. den Besuch mit der Einschränkung, daß im Quartal nicht mehr als 4 Leistungen zu vergüten sind. Besondere Maßnahmen sollen entsprechend den Mindestfähigkeiten der demnächst festzusetzenden Gebührenordnung mit bestimmten Zuschlägen bezahlt werden. Bei der Abgeltung durch Pauschale sollen dieselben Berechnungen zu Grunde gelegt werden, nachdem eine entsprechende Summe zur Bezahlung der Sonderleistungen abgezogen ist. Da sich im übrigen auch Schwierigkeiten bei der Feststellung der materiellen Grundlagen ergaben, haben die Unterhändler einen Unterausschuß mit der Klarlegung betraut, der in einer Woche mit endgültigen Vorschlägen fertig zu sein gedenkt.

Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen.

Berlin, 5. Juni. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, betrug die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. Mai nur noch rund 270 000 gegen rund 310 000 am 15. April. Zu ihnen tritt an unterstützten Familienangehörigen noch die Zahl von 256 910 gegen rund 300 000 am 15. April. In dieser Ziffer kommt somit die ungünstige Wendung, die sich auf dem Arbeitsmarkt vollzogen hat, noch nicht zum Ausdruck.

Verbrannte Getreidevorräte.

Halle, 5. Juni. Die Getreidevorräte des Kreises Quedlinburg, die zur Versorgung bis zur neuen Ernte in amtlichen Speichern eingelagert waren, wurden durch eine Feuersbrunst völlig vernichtet. Desgleichen laufende von Zentnern Erbsen, Graupen und Zucker, die gleichfalls dort lagerten.

Protest der Dresdener Volksschullehrer.

Dresden, 4. Juni. Heute verließen 1500 Dresdener Volksschullehrer eigenmächtig den Unterricht, um gegen die neue Befolungsordnung zu protestieren. Die Bevölkerung beurteilt den Vorgang sehr absprechend.

In Dresden, 3. Juni. Im sächsischen Steinkohlenbergbau haben die Bergarbeiter bei den Verhandlungen mit dem bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Delsnitz anerkannt, daß eine Stabilisierung der Marktvorgänge angeht, aber nicht, daß eine allgemeine Verstaatlichung der Kohlenindustrie eintritt, was die Arbeiter fordern.

Zwischen Himmel und Erde.

44) Erzählung von Otto Ludwig.

Noch stand die heilige Scheu schwebend zwischen ihm und ihr, die ein einziger Druck, ein einziger Blick für immer verdrängen konnte. Und doch sah er angestaut nach einem Helfer um. Wenn nur Valentin käme! Dann müßte er sie aus seinen Armen lassen. Valentin kam nicht. Aber die Scheu über seine Schwäche, die die Hilfe außen suchte, wurde zum Helfer. Er legte die Kraftlose sanft auf den Kissen. Als er die weichen Glieder aus den Händen ließ, verlor er sie erst. Er mußte sich abwenden und konnte einem lauten Schluchzen nicht wehren. Da sah der jüngste Knabe neugierig in den Hof. Er eilte hin, hob das Kind in seine Arme, drückte es an sein Herz und stellte es zwischen sich und sie. Es war eigen; mit dem Druck, mit dem er das Kind an sein Herz gedrückt, entband sich der wilde Drang und nun erst lösten sich die gespannten Muskeln. Er hatte sie in dem Kinde an sein Herz gedrückt, wie allein er sie an sein Herz drücken durfte. Die Frau sah ihn den Knaben zwischen sich und ihn stellen und verstand ihn. Glühende Rote stieg ihr bis unter die weißen braunen Locken. Sie wußte nun erst, daß sie in seinen Armen gelegen, daß sie ihn umfaßt hatte und mit ihm gesprochen, wie es nur erlaubte Liebe darf. Sie sah nun erst die Gefahr, an deren Abgrund sie ihn und sich gestellt. Sie richtete sich auf den Knien auf, als wollte sie ihn flehen, sie nicht zu verachten. Zugleich fiel ihr wieder ein, der Mann konnte sie belauscht haben und die Drohung noch vollziehen. Dann hatte sie ihn durch die Freude über seine Rettung erst verdorben. Er sah das alles und litt es mit ihr. Er hatte sich abgekämpft, ihr nicht zu zeigen, was in ihm vorging; aber der Kampf selbst in seinem Innern war nicht ausgekämpft. Er neigte sich zu ihr und sagte: Du bist meine brave Schwester. Du bist braver als ich. Und über uns und deinem Mann ist Gott. Aber nun geh hinein, Schwester, liebe brave Schwester. Sie magte nicht aufzusehen; aber durch die gezeichneten Lider sah sie seine Milde, das tiefe, unaussprechliche Wohlwollen, die unverwundbare Menschlichkeit auf seiner leuchtenden Stirne und um den sanften Mund. Und wie er ihr bewußter und unbewußter Mahnung war, wußte sie nun, sie war nicht schlecht. Und sie konnte es auch nicht werden; er trug sie bewahrt wie die Mutter das Kind auf seinen starken, vorsehenden Armen. Er wusch ihr, wie sie ihn durch die gefenken Lider sah, mit dem Haupte

erhöhung eintritt und der Durchschnittsverdienst der Bauer, wie bisher, auf etwa 48—51 M. stehen bleibt. Eine Verdoppelung des Kindergeldes wurde dagegen zugesagt. Der bergbauliche Verein hofft, diese Lasten ohne Preisserhöhungen tragen zu können. Es ist damit ein sehr erfreulicher Anfang gemacht, die ewige Lohn- und Preisschraube zum Stillstand zu bringen.

Der Heimtransport der Kriegsgefangenen.

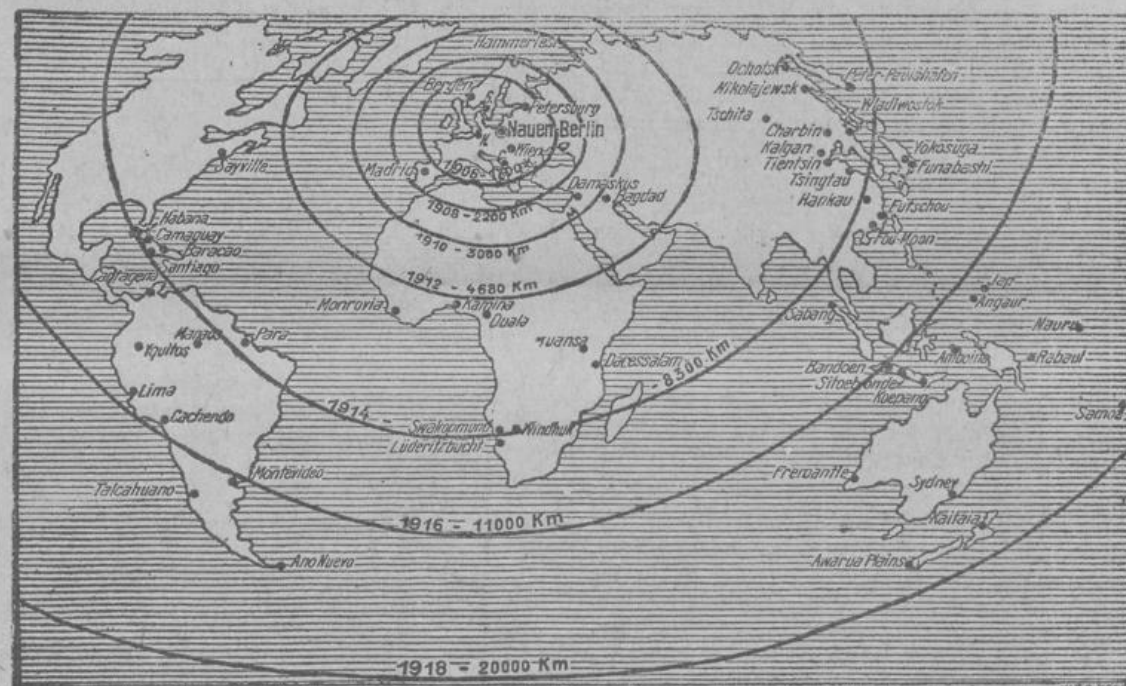
Ed. Basel, 7. Juni. (Eig. Drahtb.) Die japanische und die englische Regierung haben sich geeinigt, den nötigen Schiffsraum zum Heimtransport der Kriegsgefangenen in Sibirien zu stellen. Die ersten Transporte werden in Wladiwostok im September abgehen.

Auch ein Wahlserfolg.

Der von dem Grafen Arco-Valley ermordete bairische Ministerpräsident Kurt Eisner hat auch einmal zum Reichstag kandidiert und zwar, nachdem er aus der Redaktion der "Frankfurter Zeitung" ausgeschieden und der demokratischen "Landeszeitung" des Herrn von Gerlach in Marburg übergesiedelt war. Dort geriet Eisner mit dem heftigsten Bauernantagonismus hart aneinander. Sein Gegenkandidat war der Schriftsteller Dr. Otto Bödel, den Eisner in einem Flugblatt zu bekämpfen suchte. "Wie", schrieb er, um dem Antikemistensführer ein auszuweichen, "wie, Bauern Heffens wißt ihr nicht, daß euer Kandidat, euer Bödel sechsundzwanzig uneheliche Kinder hat, und so einem wollt ihr eure Stimme geben?" — Aber Kurt Eisner kannte die heftigsten Bauern, diese derbesunden Menschen schlecht. Nie hat Bödel von ihnen so viele Stimmen bekommen wie damals. Die sechsundzwanzig unehelichen Kinder hatten ihn der Bevölkerung mit einem Schläge unendlich sympathisch gemacht und verschafften ihm schließlich den Reichstagsitz.

Esbe und Flut auf dem Festlande.

Daß die Anziehungskraft des Mondes, die freilich nur den elf-millionsten Teil der irdischen Schwerkraft beträgt, insofern ist, in unsern Meeren das leichtbewegliche Wasser zweimal am Tage hoch emporzuwallen, zu sogenannten Flut, das weiß wohl fast jeder. Aber auch das feste Land nimmt an Flut und Esbe teil. Wie Hermann Hagedorn in dem eben erschienenen Heft der Zeitschrift "Das Weltall" erzählt, befindet sich im Geodätischen Institut zu Potsdam in einem 25 Meter tiefen, vor jeder Erschütterung sicheren Brunnen ein von Prof. G. v. Neubecker-Paschwitz erfundenes äußerst empfindliches Horizontalpendel. Beim Erscheinen des Mondes am Horizont wandert der Zeiger des Apparats, wie durch Geisterhände bewegt, vom Nullpunkt der Skala nach links, bis er nach sechs Stunden am äußersten Ende der Skala, dem Höhepunkt der Flut, still steht, weil der Mond den Zenit erreicht hat. Hierauf vollzieht sich die Umkehr, die Esbe des Bodens, in ebenfalls sechsstündiger Dauer zurück zum Nullpunkt. Die größte Ausdehnung zur Flutzeit erreicht in Potsdam immerhin eine Höhe von 30 Zentimetern.



bis an den Himmel. Sie wußte, daß ihm der Mann nicht schaden konnte. Apollonius gab ihr den Knaben in den Arm und bot die Hand, sie aufzurichten. Sie beugte unter der Berührung und wie sie nach auf den Knien lag, stieg ihr Gedanke zu ihm auf wie ein Gebet. Er führte sie an die Türe. Vom Schuppen her kam Herr Nettemair mit dem Gefellen. Fritz Nettemair, der ihnen nachschlich, sah noch, wie er sie führte.

Nichts von alledem, was er heute gewollt und was er heute gelitten, stand in Herrn Nettemairs verächtlichem Antlitz zu lesen, als er heimkam. Die junge Frau und Valentin mußten eine Predigt über grundsätzliche Einbildungen anhören; denn die Geschichte hatte sich auszuweisen, wie sie war, nicht wie sie der Valentin zusammengewürfelt hatte. Der Reife Fritz Nettemairs gedachte er als eines lange von demselben gehaltenen, aber von ihm erste heute gemäßigten Vorhabens. Apollonius erhielt den Knaben, folgte mit den Geschäftsbüchern auf des alten Herrn Stube zu kommen. Der alte Herr gab vor, er wolle den Stand des Geschäftes genau kennen lernen. Sein wahrer Zweck dabei war, Apollonius solange bei sich in Sicherheit zu behalten, bis sein Bruder abgereist sei. Apollonius konnte, ohne wegen der nächsten laufenden Ausgaben in Verlegenheit zu kommen, das Geld zu des Bruders Reise bis Hamburg beschaffen. Dort wußte er einen früheren Kölner Freund, der sich in sehr guten Verhältnissen befand, und der, um manche geleistete Dienste zu vergelten, ihm öfter und noch neulich eine Geldhilfe angeboten hatte. Auf des Vaters Stübchen schrieb er an ihn. Der Freund sollte dem Bruder einen Platz auf einem Passagierschiffe besorgen, seine Aufenthaltskosten bestreiten und ihm, aber nicht eher als unmittelbar vor der Abfahrt eine gewisse Summe Geldes überreichen, alles auf Apollonius Rechnung. Valentin mußte noch den Abend auf die Post, um den Brief aufzugeben und Fritz Nettemair einschieben zu lassen. Der Wagen ging eine Stunde vor Sonnenaufgang ab; noch eine Stunde früher sollte Valentin auf dem Zuge sein und sich bei dem alten Herrn melden.

So war das Leben in dem Hause mit den grünen Wänden immer schwüler geworden. Diese Nacht mit ihrer stillen Unruhe gleich der ausklopfenden Stille, darin die Kräfte eines Meersturms seinen Ausbruch vorbereiten. Es war ein eigenes Treiben. Wer in dieser Nacht in das Haus hätte hineinschauen können, aber nicht in die Seelen der Menschen darin, der wäre aus einer Verwirrung in die andere gefallen. Sonst, wenn ein Glied einer Familie zu einer Reise sich rüstet, von der es vielleicht nie wieder heimkehren wird,

Ranu?
Das Annaberger Wochenblatt enthält folgendes Inserat:
Ihre am 20. d. M. stattgefundene Trauung und die glückliche Geburt eines munteren Lächelchens geben hierdurch bekannt
Willy Sommer und Frau
Johanne geb. Bilz.
Frankenberg. Jöhstadt.

Ausland.

Die Schweiz für die Freiheit des Rheins.

In Bern, 5. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Bundesrat gestern die Instruktionen für die schweizerischen Delegierten in der internationalen Rheinisch-Rheinfahrtskommission festgelegt. Sie haben die Schifffahrt auf dem Rhein möglichst zu fördern und die Freiheit des Rheins angestrebt.

Wth. Berlin, 5. Juni. Nach einer Drahtmeldung der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, ist der dänische Valutarat am 4. d. M. aufgehoben worden. Der Valutahandel ist gegenwärtig frei. Eine gesetzliche Regelung der Einfuhr ist wahrscheinlich ohne Einfuhr-genehmigung.

Französische Verteilungen.

Wth. Paris, 5. Juni. Wie Habas meldet, hat das Kriegsgericht gestern in Abwesenheit verurteilt: Den Obersten Adolf vom 68. Inf.-Regt., der beschuldigt war, zwangsweise landwirtschaftliche Maschinen in Zahl requiriert und sie weiter an Soldaten verkauft zu haben, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und 5000 Franken Geldstrafe, den Major von Mantau von 112. Inf.-Regt., der beschuldigt war, auf Schloß Romecourt Wälder, Silber, Weine und Lebensmittel entwendet zu haben, zu 20 Jahren Zwangsarbeit, sowie einen Luxemburger namens Baufsch, der Deutnant gewesen sei, ebenfalls wegen Entwendung in Varennes (Argonnen) zu 10 Jahren Zwangsarbeit, einen Feldwebel namens Altmayer vom Gefangenenlager Hahlinger wegen angeblicher Mißhandlung zu 20 Jahren Zwangsarbeit sowie vier seiner Untergebenen zu 2 Jahren Gefängnis.

Beschwerden

Über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Krennstr. 29/31 (Fernip. 83) zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

drängen sich die übrigen um ihn. Je weniger der Augenblicke werden, die er noch mit ihnen zubringen kann, je tiefer werden sie ausgenossen. Jahre des gewöhnlichen Miteinanderlebens drängen sich in ihnen zusammen. Jeder Blick, jedes Wort, jeder Händedruck wird als ein ewiges Andenken gegeben und genommen. Stundenweit her kommen die Freunde des Scheidenden, ihn noch einmal zu sehen. Nach Fritz Nettemair haben die Leute im Hause nicht. Sie schauderten, ihm zu begegnen, als wäre er ein schreckendes Gespenst. Und wie ein solches schlich er darin umher und wusch den Menschen aus, wie sie ihm. Und die Menschen denen er auswich, die ihm auswichen, sind nicht fremde; sein Vater ist es, sein Bruder, sein Weib und seine Kinder. Ein Reisender, der nicht gesehen wird, der sich nicht sehen läßt, der kein Lebenswohl gibt und kein Lebenswohl nimmt, und der doch freiwillig reist, und dessen Reise die anderen wissen und genehmigen!

Apollonius mußte dem alten Herrn die Geschäftsbücher vorlegen, ein wunderlich zweckloses Werk! Dem weder er noch der alte Herr war im Geiste bei den Zahlen. Und der alte Herr tat noch, als wisse er alles schon. Daß Apollonius die Gefahr des Hauses ihm verschwiegen, erwähnte er natürlich nicht; von den Gedanken, die sich bei ihm daran knüpften, ließ er keinen sehen. Aus seinen diplomatischen Reden, zu denen er sich bisweilen zusammenraffte, um dem Schattenpiel vor dem Sohne einen Schein der Wirklichkeit zu geben, konnte man vielleicht erraten, wenn man genauer aufmerkte, als es Apollonius möglich war, der alte Herr habe alles gehen lassen, um zu zeigen, wohin es kommen müsse, siehe er die Hand vom Ruder ab, und daß er gestimmt sei, von nun an selbst wieder das Schiff zu lenken. Dazwischen fragte er den Sohn einmal wie beiläufig, ob er etwas gemerkes von dem Verunglückten in Lambach wisse. Apollonius konnte ihm sagen, er kenne den Mann; es sei derselbe ungemütliche Gesell, der vordem bei ihnen gewesen. „So?“ sagte der alte Herr gleichgültig. „Und weiß man, was die Ursache war?“ Apollonius hatte gehört, das Seil, das über dem Verunglückten gerissen, sei ein fast neues, aber es müsse an der Stelle des Risses rundum mit einem scharfen spitzen Werkzeug durchgeschnitten gewesen sein. Der alte Herr erzählte. Er ahnte einen Zusammenhang, auf den auch andere kommen konnten. Valentin, wußte er, hatte vorhin geredet, der Arbeiter, der den Karren mit dem Handwerkszeug nach Brambach gefahren, müsse auf dem Rückweg ein Nadelstichseil verloren haben. Apollonius hatte den Valentin damit beruhigt, er habe das Seil in Brambach verliehen. (Fortsetzung folgt).

General
Nr.
Z. H.
der befan
Anabhäng
3., daß
neue Koa
verhalten
Gegner je
Nein,
erfreulich,
lung im
Deutschen
Verluste b
zu werfen,
zweifeln, u
am Tage
nächste Sch
aller Ding
dungen, u
Greis
delbar ist
Kostannah
Kinder der
derlichkeit
welche Pa
losigkeit ni
sche Volkse
Vergessen
Die S
stroh sein
tönen nur
den. Die
nach dem
gerückte
heit, mit
date einge
gang zu
überzeugen
sein, für ei
reinen Ma
übergehe
Neuerungen
Schild, das
gegen den
Der G
rechts und
gähnte ver
einen stark
neue Lohne
Staat und
erhoffte. Z
Rapp und
Vorläufer
trieb. Rech
über die K
hältissen f
druck imit
Wiederauf
dert ihr We
lern, vellei
tition regie
Keine
men ausge
stinte wurd
blätter gege
wurde durch
gefaßt, wi
vielleicht sel
Geld ist nur
eifern, bei
Inferate, p

der die schmerzte Last — die nagende Sorge um die Blüthenzeit der demütigsten Einnahme — endlich vom Herzen genommen sei.

Die Stadt war längst herangebrochen, aber die glücklichen Bewohner es nicht. Sand in Sand lagen die Häuser, der, das fühlte sie, von dieser Einnahme an dem Leben weitergegeben war.

„Mutter, lieber Vater“, flüsterte sie, „dort ist die nun auch etwas angetrauen?“

„Gott, mein Gott“, sprach er, „alles!“

„Ich weiß es“, antwortete er, „ich traf ihn heute morgen vor meiner Salomonenstraße mit jenem Grobe. Er ist noch bei dir, liebe Sünde von dem. Er wird uns besuchen —“

„Ich habe ihn bereits gesprochen“, erwiderte Gertrud, „das kommt meinetwegen, lebe.“

„Wie?“ rief Gertrud erstaunt.

„So, Vater, daß er hier sei, und habe ihn aufgesucht. Frage mich nicht, warum und wozu — nur eins sollst du wissen, Vater — daß es um beinahe alles geschah.“

„Und wie nahm er sich an?“

„Er ärgerte einen Augenblick, dann schlang sie die Arme um seinen Hals und flüsterte: „Er sagte mir, daß er wegen meiner noch Deutsch-land gekommen sei — und fragte mich, ob ich sein Müß- werden möge, damit wir gemeinschaftlich für dich sorgen könnten.“

„Das hat er getan“, rief Gertrud, „trotzdem er alles müßte über sich haben es immer gesagt, daß er ein vor-nehmer Charakter ist. Und was hast du ihm geantwortet, mein Kind?“

„Ich habe ihm gesagt, daß ich niemals die seine werden könnte.“

„Der Reichthum ist ja keine Tugend“, erwiderte Gertrud, „und darum müßte ich ihn ab?“, fragte er.

„Das müßten wir doch nicht?“

„Und warum müßte ich ihn ab?“

„Ich habe ihn gesagt, daß ich niemals die seine werden könnte.“

„Sie sollen in unserem neuen Heim wieder zu Ehren kommen.“

„Das müßten sie sich verdienen“, sprach sie. „Du aber nicht, als wenn der Wohlstand schon vor der Tür stünde.“

„Du, ja“, antwortete Frau Gertrud. „Vater mit seiner feine Blüte — ich meine, ich müßte schon alles fertig machen zum Hinsiedeln.“

„Gott — nur fort von hier!“

„Ja, wie ich nicht noch frage, daß es Ihnen mit so gut gehen wird“, sprach Frau Gertrud. „Wozu Sie wollen, so müßte ich zu einer ganz anderen Stelle?“

„Es ist ein ganz gutes, nicht in der Stadt, sondern in der Nähe von Göttingen.“

„Ja, das wollen wir. Die nächsten Mittel haben wir, Gottlob, und Zeit und Gedeihen dazu.“

„Ich kann nicht beschreiben, wie uns unsere Mutter, als sie plötzlich der Nacht verstorben, wie wir gekommen sind.“

„Vater, wie ich nicht noch frage, daß es Ihnen mit so gut gehen wird“, sprach Frau Gertrud. „Wozu Sie wollen, so müßte ich zu einer ganz anderen Stelle?“

„Es ist ein ganz gutes, nicht in der Stadt, sondern in der Nähe von Göttingen.“

„Ja, das wollen wir. Die nächsten Mittel haben wir, Gottlob, und Zeit und Gedeihen dazu.“

„Ich kann nicht beschreiben, wie uns unsere Mutter, als sie plötzlich der Nacht verstorben, wie wir gekommen sind.“

„Vater, wie ich nicht noch frage, daß es Ihnen mit so gut gehen wird“, sprach Frau Gertrud. „Wozu Sie wollen, so müßte ich zu einer ganz anderen Stelle?“

„Es ist ein ganz gutes, nicht in der Stadt, sondern in der Nähe von Göttingen.“

„Ja, das wollen wir. Die nächsten Mittel haben wir, Gottlob, und Zeit und Gedeihen dazu.“

„Ich kann nicht beschreiben, wie uns unsere Mutter, als sie plötzlich der Nacht verstorben, wie wir gekommen sind.“

Der russische Fürst.

(Schluß.)

„Was hat alle Herr abgesprochen war, machte sich der Fürst an den Koffer, der viele Wohlthätigkeiten mit an-geheften hatte.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

Die Wohnungen — na ja — gemüthlich — 1. St. alle Ecken bringen, von den Ecken und Wänden her. Ein hübscher Garten hinter dem Hause, der einig- was. „Stille, Ruhe, — es nicht!“

„Ja, ja, leicht war es nicht!“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

Das alte Haus.

(Schluß.)

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“

„Ich bin nur froh, daß morgen Göttingen kommt“, sagte er, „denn das ist ein sehr gutes Geschäft.“